



Co-funded by
the European Union



Politische und demokratische Partizipation von Migrantinnen in Deutschland

Catherine Abon



2023

Europa Studie von Women in Development Europe+ (WIDE+):

Autorinnen: Nurhidayah Hassan, Lucía Tapia Pesquera, Magda Saginashvili, und Gea Meijers

Dänemark Studie von KULU - Frauen und Entwicklung:

Autorinnen: Pola Starzinska, Janice G. Førde, und Ruth Ejdrup Olsen

Italien Studie der rumänischen Frauenlobby (RoWL):

Autorinnen: Laura Albu und Silvia Dumitrache

Deutschland Studie von Gabriela Deutschland:

Autorin: Catherine Abon

Serbien Studie der NGO Atina:

Autorinnen: Andrijana Radoičić Nedeljković und Jelena Hrnjak

Korrektorin: Alison Whyte

Redakteure: Nurhidayah Hassan (alle Studien) und Umbreen Salim (Dänemark Studie)

Layout und Gestaltung: Kaligram

Die Autoren der Studie möchten sich bei allen Mitgliedern und Partnern des WE-EMPOWER Projekts und der WIDE+ Arbeitsgruppe Migration und Gender, Migrantinnen-Aktivistinnen, Expertinnen und Entscheidungsträgern bedanken, die ihr Wissen und ihre Erfahrung zu den Papieren und zum gesamten WE-EMPOWER-Projekt beigetragen haben.

Finanziert von der Europäischen Union. Das Studienpapier wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Erweiterung der Instrumente zur Beseitigung von Hindernissen für die Teilnahme von Migrantinnen am demokratischen Leben - WE EMPOWER“.

Die geäußerten Ansichten und Meinungen sind jedoch ausschließlich die der Autoren und spiegeln nicht notwendigerweise die der Europäischen Union oder der Europäischen Exekutivagentur für Bildung und Kultur (EACEA) wider. Weder die Europäische Union noch die Bewilligungsbehörde können für diese verantwortlich gemacht werden.



Inhalt

I. Einführung	5
II. Migration und Migrantinnen in Deutschland	6
III. Hindernisse für die Teilnahme.....	10
IV. Beteiligung von Migrantinnen am politischen Leben	13
V. Beteiligung von Frauen am demokratischen Leben	17
VI. Maßnahmen zur Förderung und Verbesserung der Beteiligung von Migrantinnen	19
Referenzen	21

I. Einführung

Trotz des hohen Anteils und der steigenden Zahl von Frauen mit Migrationshintergrund in Deutschland ist ihre Vertretung in Entscheidungsgremien von der kommunalen bis zur Bundesebene marginal und ihre Beteiligung an politischen und demokratischen Räumen immer noch begrenzt. Auf der anderen Seite gibt es immer mehr Lobbyarbeit und Initiativen von Migrantinnen selbst, um ihre politische und demokratische Beteiligung zu fördern und voranzutreiben.

Im Rahmen dieser Untersuchung wurden einschlägige Erhebungen und Studien sowie Experteninterviews durchgeführt, um das Ausmaß der mangelnden Repräsentation von Migrantinnen in politischen und demokratischen Räumen in der deutschen Gesellschaft zu untersuchen und die Hindernisse und Faktoren zu ermitteln, die zu diesen Bedingungen führen. Darüber hinaus werden auch die verschiedenen Bemühungen und Initiativen von Migrantinnen zur Förderung ihrer Teilhabe analysiert. Mit den Ergebnissen dieser Untersuchung und auf der Grundlage unserer eigenen Erfahrungen in einer Migrantinnenorganisation wollen wir auch einen Beitrag zu der dringenden Forderung leisten, die unzureichende Repräsentation und eingeschränkte politische und demokratische Beteiligung dieser Gruppen in der deutschen Gesellschaft anzugehen.

Die befragten Experten kommen aus verschiedenen Bereichen, um eine breite Perspektive auf dieses Thema zu bieten. Zu den Interviewpartnern gehören Dr. Megha Amrith aus der Wissenschaft, Lea Rakovsky von einer Nichtregierungsorganisation und Wilfred Josue, Co- Vorsitzender des lokalen Beirats für Partizipation und Integration im Bezirk Steglitz-Zehlendorf- Berlin.

II. Migration und Migrantinnen in Deutschland

Im Jahr 2021 hatten 27,2% (22,4 Millionen) der Personen in deutschen Privathaushalten einen sogenannten Migrationshintergrund, davon waren 49,2% (11,0 Millionen) Frauen (DESTASIS,¹ 2022). Als Personen mit Migrationshintergrund definiert DESTATIS (2022) Personen, bei denen mindestens ein Elternteil nicht die deutsche Staatsangehörigkeit von Geburt an besitzt. Von den 11 Millionen Frauen mit Migrationshintergrund sind 3,2 Millionen Frauen Nicht-EU-Bürgerinnen. Insgesamt stellen Migrantinnen in Deutschland eine heterogene Gruppe in Bezug auf Herkunftsregion und Aufenthaltstitel dar (Lechner und Atanisev, 2023).

Es gibt sechs Grundkategorien, die Ausländern ein Aufenthaltsrecht in Deutschland gewähren: befristete Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis oder Erlaubnis zum Daueraufenthalt, Einbürgerung, Unionsbürger (Freizügigkeitsrecht auf der Grundlage von EU-Verträgen), Aufenthaltserlaubnis zum Schutz von Asylbewerbern und Ausnahmegenehmigung zum Aufenthalt für ausreisepflichtige Personen, die nicht abgeschoben werden können. Darüber hinaus wird der Begriff "irregulärer" Aufenthalt verwendet, um Personen zu bezeichnen, die sich ohne reguläres Aufenthaltsrecht in Deutschland aufhalten. Sowohl die unerlaubte Einreise als auch der unerlaubte Aufenthalt sind strafbar und werden in der Regel mit einer Geld- oder Freiheitsstrafe geahndet (§ 95 AufenthG) (BMI/BAMF, 2020).

Tabelle 1 zeigt die sechs Grundkategorien des Aufenthaltsrechts in Deutschland zusammen mit einer kurzen Beschreibung (in Anlehnung an Fachkommission Integrationsfähigkeit, S.188).

¹ DESTASIS - Statistisches Bundesamt Das Statistische Bundesamt ist eine Bundesbehörde der Bundesrepublik Deutschland. Es ist die erste Anlaufstelle für amtliche Daten zu Gesellschaft, Wirtschaft, Umwelt und Staat.

Ein Aufenthaltstitel gewährt einen befristeten Aufenthalt. In den allermeisten Fällen kann er verlängert werden, solange die Voraussetzungen für die Erteilung weiterhin erfüllt sind.

Die Niederlassungserlaubnis (oder Erlaubnis zum Daueraufenthalt - EU) ist ein dauerhafter Titel, der in der Regel nach fünf Jahren Aufenthalt beantragt werden kann, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Personen mit einer Niederlassungserlaubnis sind deutschen Staatsangehörigen in nahezu allen Belangen gleichgestellt, haben aber kein Wahlrecht.

Ausländer können die deutsche Staatsangehörigkeit im Wege der Einbürgerung erwerben. Sie haben einen einklagbaren Anspruch nach acht Jahren legalen Aufenthalts oder in Ausnahmefällen auch früher, sofern sie die Voraussetzungen erfüllen.

Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union mit der Staatsangehörigkeit eines anderen EU- Mitgliedstaates haben auf der Grundlage der europäischen Verträge ein Recht auf Freizügigkeit. Sie dürfen jederzeit nach Deutschland einreisen und hier arbeiten, ohne eine Aufenthaltserlaubnis zu benötigen.

Eine Aufenthaltserlaubnis für Schutzsuchende bestätigt, dass sich eine Person für die Dauer des

Asylverfahrens in Deutschland aufhalten darf, um Asyl zu beantragen. Sie wird nur dann durch eine Aufenthaltserlaubnis ersetzt, wenn dem Asylantrag stattgegeben wird; im Falle einer Ablehnung muss die betreffende Person das Land verlassen.

Eine Ausnahmegenehmigung zum Aufenthalt wird Personen erteilt, die das Land verlassen müssen und nicht abgeschoben werden können. Die Ausnahmegenehmigung zum Aufenthalt ändert nichts an der Tatsache, dass der Aufenthalt illegal ist. Sie kann jedoch unter bestimmten Voraussetzungen durch eine reguläre Aufenthaltserlaubnis ersetzt werden; hierfür gibt es verschiedene

Rechtsgrundlagen.

Tabelle 1. Die sechs Grundkategorien des Aufenthaltsrechts in Deutschland und ihre kurze Beschreibung.

Die Zahl der Migrantinnen in Deutschland ist in den letzten fünf Jahren kontinuierlich gestiegen (DESTATIS, 2022) (Abb. 1). Diese Entwicklung ist ähnlich wie die der Gesamtzahl der Personen mit Migrationshintergrund.

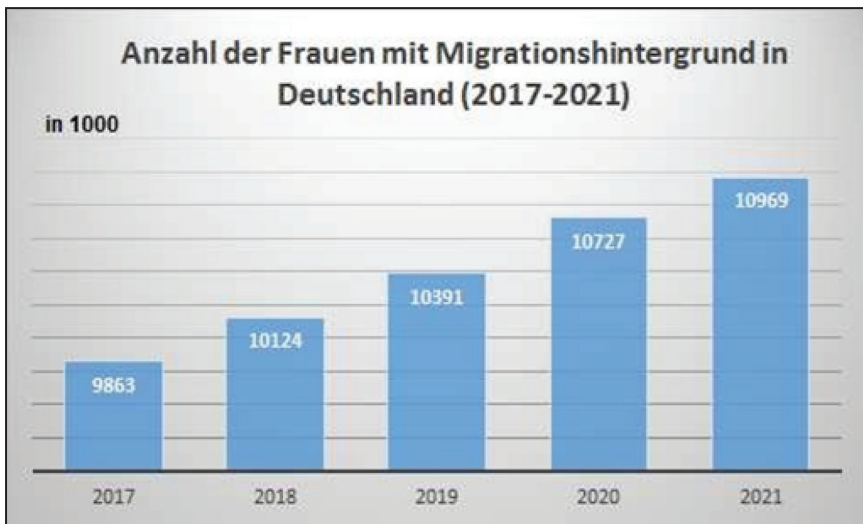


Abb. 1. Die Anzahl der Frauen mit Migrationshintergrund ist von 2017 bis 2021 stetig gestiegen (DESTATIS, 2022).

Frauen, die nach Deutschland zuwandern, kommen aus unterschiedlichen Weltregionen. Abb. 2 zeigt die Top-Länder, aus denen Frauen mit Migrationshintergrund in Deutschland kommen, basierend auf der DESTATIS-Erhebung (2022) ab dem Jahr 2021.

Aus der jüngsten Erhebung geht hervor, dass die meisten Frauen, die in das Land einwandern, aus EU-Ländern kommen (33 %), allen voran aus Polen, Rumänien, Italien, Kroatien und Griechenland. Eine beträchtliche Anzahl kommt auch aus Nicht-EU-Ländern wie der Türkei, Russland und Kasachstan. Weitere asiatische Länder, aus denen die meisten Migrantinnen kommen, sind Syrien, Afghanistan, China und Vietnam.

Interessanterweise zeichnen sich einige Länder durch einen überproportionalen Anteil von Frauen an der Gesamtzahl der Zuwanderer aus, wie Thailand (74,4 %), die Philippinen (67,9 %) und die Russische Föderation (59,3 %) (BMI/BAMF, 2020, S. 48). Dieser überproportionale Trend in zwei der genannten Länder - Thailand und den Philippinen - ist vor allem auf die hohe Zahl der Heiratsmigranten aus diesen Ländern zurückzuführen.

Menschen, die ins Land kommen, um Asyl zu beantragen, sind dagegen mit einem völlig anderen politischen und bürokratischen Verfahren konfrontiert, das anderen Gesetzen unterliegt als die allgemeinen Regelungen für Ausländer (Statista Research Department, 2023).

In den Jahren 2015-2017 wurde ein besonderes Verfahren, das sogenannte "Clusterverfahren", angewandt (Brücke et al., 2019 (a)). Bei diesem Verfahren werden Asylbewerber auf der Grundlage der poten-

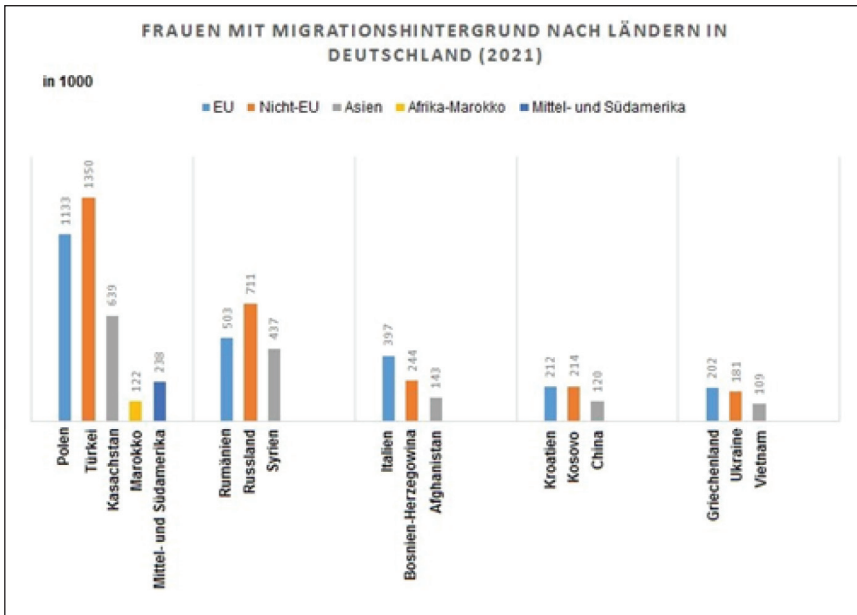


Abb. 2. DieTop-Länder aus den fünf Weltregionen, aus denen Frauen mit Migrationshintergrund in Deutschland ab 2021 stammen. Daten aus der Erhebung von DESTATIS (2022).

ziellen Komplexität ihrer Fälle gruppiert, um die durchschnittlichen Bearbeitungszeiten zu beschleunigen. Asylsuchende wurden in Cluster A: Herkunftsländer, deren Staatsangehörige eine hohe Anerkennungsquote für Asylanträge haben, Cluster B: Herkunftsländer mit einer niedrigen Schutzquote, Cluster C: komplexe Fälle und Cluster D: (Dublin-Fälle)² eingeteilt. Dieses Gruppierungsverfahren minimierte im Allgemeinen die Länge der Wartezeiten, da die einfachen Fälle zuerst bearbeitet wurden, aber es führte auch zu größeren Unterschieden: Asylbewerber aus einigen Clustern mussten noch längere Verfahren durchlaufen (Brücke et al., 2019 (a)).

Deutschland ist derzeit die größte Volkswirtschaft in Europa und beheimatet eine vielfältige internationale Bevölkerung. Diese Bedingungen machen das Land zu einem attraktiven Ziel- und Aufenthaltsland für Migranten. Die vom Auswärtigen Amt erfassten Hauptgründe für den Aufenthalt von Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürgern in Deutsch-

² Mit dem "Dublin"-System wird festgelegt, welcher Mitgliedstaat der Europäischen Union (EU) für die Prüfung eines Asylantrags zuständig ist, den ein Drittstaatsangehöriger in einem Mitgliedstaat gestellt hat. Es soll sicherstellen, dass nur ein Mitgliedstaat für die Prüfung eines Asylantrags zuständig ist. Damit soll verhindert werden, dass Asylbewerber von einem Land in ein anderes geschickt werden und dass eine Person mehrere Asylanträge stellt (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, 2021).

land waren im Jahr 2020 familiäre Gründe (15,9 %), vorübergehender Aufenthalt (10,8 %), Erwerbstätigkeit (8,1 %), Duldung³ (5,4%) und Bildung (4,7 %) (BMI/BAMF, 2020 S. 52).

In den letzten Jahren erlebte das Land einen Zustrom von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Im Jahr 2015 erreichte die Zahl der angekommenen Flüchtlinge nach offiziellen Angaben einen Höchststand von einer Million, die hauptsächlich aus Syrien und Afghanistan kamen. In der Tat ist im Zeitraum zwischen 2015 und 2020 eine stärkere Veränderung der ausländischen Bevölkerung zu beobachten. In diesem Zeitraum wuchs die ausländische Bevölkerung um 25,5% (BMI/BAMF, 2020, S. 175). Diese Entwicklung ist vor allem auf die Zuwanderungen in den Jahren 2015 und 2016 zurückzuführen, die durch hohe Zuzugszahlen im Zusammenhang mit dem Flüchtlingszustrom gekennzeichnet waren. Eine weitere Welle von Flüchtlingsankünften erfolgte im vergangenen Jahr, als der Krieg in der Ukraine ausbrach. Bis November 2022 kamen über eine Million Flüchtlinge aus der Ukraine in Deutschland an (Statista, 2023).

III. Hindernisse für die Teilnahme

Jede der verschiedenen Kategorien zum Erwerb des Rechts auf Einreise und Aufenthalt in Deutschland stellt spezifische Anforderungen und Vorschriften auf (siehe Tabelle 1).

Die gesetzlichen Regelungen zur Einreise und zum Aufenthalt in Deutschland gelten als umständlich und komplex und sind Gegenstand öffentlicher Diskussionen und Kritik. Tatsächlich ist der Erwerb einer Aufenthaltserlaubnis schwierig und restriktiv und schränkt Menschen mit Migrationshintergrund bei der Ausübung ihrer politischen Rechte und der Teilnahme am demokratischen Leben ein. Die Erfahrungen von Gabriela Deutschland, die mit Heiratsmigrantinnen aus den Philippinen arbeitet, zeigen, dass einige Frauen trotz ehelicher Schwierigkeiten gezwungen sind, in einer Ehe zu bleiben, und manchmal Missbrauch ausgesetzt sind, da ihr Recht auf Aufenthalt im Land rechtlich an die Gültigkeit der Ehe für drei Jahre gebunden ist.

In der Tat haben verschiedene Gruppen von Migranten einen unterschiedlichen rechtlichen Status, der ihre Freiheit und ihr Ausmaß an Beteiligung erheblich beeinflusst. Lea Rakovsky, Projektkoordinatorin von

³ Eine *Duldung* ist kein rechtsgültiger Aufenthaltstitel. Sie bescheinigt, dass Sie ausreisepflichtig sind, aber derzeit nicht ausreisen oder abgeschoben werden können, weil ein Abschiebungshindernis vorliegt (§ 60a AufenthG). Eine Duldung kann für ein paar Tage oder für mehrere Monate erteilt werden. Je nach Grund sind die Ausländerbehörden entweder verpflichtet, Ihnen eine Duldung zu erteilen, oder sie haben ein Ermessen, dies zu tun.

Ban Ying e.V. und eine der befragten Expertinnen, sagte, es sei wichtig zu wissen, dass sich Migranten aus EU-Ländern rechtlich gesehen keine Sorgen um ihre Aufenthaltsgenehmigung machen müssen. "Es gibt immer noch die vorherrschende Machtdynamik, die ihre Wurzeln in der Kolonialgeschichte hat und das Ausmaß der Diskriminierung von Frauen aus Nicht-EU-Ländern beeinflusst", fügte sie hinzu.

Darüber hinaus genießen Frauen aus EU-Mitgliedsstaaten mehr Freizügigkeit als Frauen aus so genannten "Drittstaaten". Die Freizügigkeit bzw. die Erleichterung der Freizügigkeit zwischen den Ländern des EU-Binnenmarktes macht Migration und Integration für die Bürgerinnen und Bürger der EU-Mitgliedsstaaten, einschließlich Deutschlands, weniger schwierig, da sie zu jedem Zeitpunkt ihres Lebens die Wahl haben, wo sie arbeiten und leben möchten (Statista Research Department, 2023).

Dies steht im krassen Gegensatz zu den Maßnahmen, die für verschiedene Migrantengruppen ergriffen wurden. Für Arbeitsmigranten wurden neue Gesetze eingeführt, um ihre Einreise zu erleichtern, während für Nicht-Arbeitsmigranten die bürokratischen Schwierigkeiten fortbestehen. Am 1. März 2020 wurde ein neues Arbeitsmigrationsgesetz, das Fachkräftezuwanderungsgesetz, erlassen, um die Anwerbung und Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte in das Land zu erleichtern. Es enthält Bestimmungen, die die Möglichkeiten für Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Ländern erweitern, sich in Deutschland um Arbeit zu bewerben, während das Wahlrecht weiterhin nur Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit gewährt wird.

Flüchtlinge und Asylsuchende stehen auch vor verschiedenen Herausforderungen, nicht nur um ihre Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten und ein neues Leben in Deutschland beginnen zu können, sondern auch um ein gesundes psychologisches Wohlbefinden zu erhalten. Flüchtlinge sind oft stärker als andere Migranten traumatischen Ereignissen ausgesetzt, die durch Kriege, Gewalt und Verfolgung verursacht werden - sowohl in ihren Herkunftsländern als auch in Transitländern (Brücker et al., 2019 (a)). Die Studie von Brücker et al. (2019 (a)) zeigt außerdem, dass die gemeldete Prävalenz von psychischen Gesundheitsrisiken wie depressionsbedingten Symptomen, posttraumatischen Belastungsstörungen und psychischen Störungen unter Flüchtlingen bei Frauen und Personen über 40 Jahren überproportional hoch ist. All diese Gesundheitsprobleme können die soziale Teilhabe behindern.

Weibliche Flüchtlinge mit Kindern, insbesondere mit Kleinkindern, haben weniger Möglichkeiten, an Integrationshilfen wie Sprachkursen teilzunehmen. Sie nehmen auch weniger an Bildungsmaßnahmen teil und

haben schließlich eine deutlich niedrigere Beschäftigungsquote als ihre männlichen Kollegen (Brücker et al., 2019 (b)).

In einem Interview wies Dr. Amrith, die Leiterin der Max-Planck-Forschungsgruppe "Altern in einer Zeit der Mobilität", darauf hin, dass die Sprache auch ein Hindernis für die Teilnahme am politischen Leben und für das Gefühl der Einbeziehung und Zugehörigkeit in politischen Räumen oder auf lokaler Ebene sein kann. "Im akademischen Bereich, in dem ich arbeite, ist es für Migrantinnen schwieriger, eine Stelle zu finden, insbesondere eine längerfristige Festanstellung oder eine höhere Position wie eine Professur, wenn sie nicht fließend Deutsch sprechen - sie werden oft so wahrgenommen, dass sie aufgrund der Sprachbeschränkung nicht in der Lage sind, in der Verwaltung mitzuarbeiten oder auf Deutsch zu lehren", fügte sie hinzu.

In Deutschland besteht die Grundvoraussetzung für politische Teilhabe im aktiven und passiven Wahlrecht auf nationaler und lokaler Ebene. Um diese Rechte in Anspruch nehmen zu können, muss man jedoch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen - also das Wahlrecht.

Dr. Amrith glaubt auch, dass Diskriminierung ein Hindernis ist, das die Beteiligung von Migrantinnen einschränkt. Sie wies darauf hin, dass Migrantinnen zweifellos stärker diskriminiert werden als andere Frauen, unabhängig davon, ob sie in erster, zweiter oder dritter Generation im Land sind. Sie werden oft nach ihrem "Migrationshintergrund" gefragt, werden häufig rassistisch eingestuft und nie wirklich als zugehörig angesehen, selbst wenn sie schon seit vielen Jahren im Land leben. Sie fügte hinzu, dass es auch von der Stadt, in der man lebt, abhängen kann, ob sie im Großen und Ganzen Vielfalt und freie Meinungsäußerung begrüßt und fördert (z. B. Berlin) oder ob sie relativ homogen ist und von Migrantinnen erwartet, dass sie sich mehr an die deutschen sozialen Normen anpassen.

Außerdem war das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht jahrzehntelang recht restriktiv (Miera, 2009). Erst am 1. Januar 2000 trat mit dem novellierten Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) die grundlegende Überarbeitung des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts in Kraft. Damit wurde das Abstammungsprinzip, das bis dahin die einzige Möglichkeit zum Erwerb der Staatsangehörigkeit bzw. der deutschen Staatsbürgerschaft darstellte, ergänzt. Das bedeutet, dass nun auch in Deutschland geborene Kinder nicht-deutscher Eltern unter bestimmten Voraussetzungen die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben können (Auswärtiges Amt, 2022).

Laut Rakovsky sind die Frauen, die sie unterstützen, mit sehr schwerwiegenden und dringenden [persönlichen] Problemen konfrontiert, und

oft bleibt nicht viel Raum für politische Partizipation - zum Beispiel muss man sich schnell aus der Situation des sexuellen Menschenhandels befreien, eine schwierige finanzielle Situation durch den Ehemann überwinden oder sich mit Fragen der Aufenthaltsgenehmigung befassen, bevor man überhaupt die Möglichkeit hat, am politischen Leben teilzunehmen.

Auch die Medien spielen eine Rolle, wenn es darum geht, die Teilhabe von Migrantinnen zu fördern oder einzuschränken. In Bezug auf die mediale Repräsentation haben Studien ergeben, dass Frauen mit Migrationshintergrund in verschiedenen Mediensendungen deutlich seltener vorkommen (z. B. Lünenborg, Fritsche und Bach, 2011) als Männer mit Migrationshintergrund. Auf quantitativer und qualitativer Basis behaupten die Autoren, dass Frauen mit Migrationshintergrund nur in einem Drittel aller migrationsspezifischen Medienbeiträge vorkommen. Neben der migrations- und geschlechtsspezifischen Benachteiligung von Frauen in der medialen Repräsentation ist nach wie vor die Darstellung von Migrantinnen als Objekt der Begierde, als "exotisch" oder "orientalisch" weit verbreitet.

Ausgehend von der Studie von Lind und Meltzer (2020), in der sie die Sichtbarkeit von Geschlecht in der Medienberichterstattung über Migranten untersuchten, stellten sie fest, dass Migrantinnen deutlich unterrepräsentiert sind. Sie argumentierten, dass die Unsichtbarkeit von Migrantinnen die wahrgenommene Bedeutung ihrer Bedürfnisse für das Publikum verringern kann. Für Migrantinnen könnte dies ihr Selbstwertgefühl mindern und sie daran hindern, einflussreiche Positionen in der Gesellschaft einzunehmen. Daraus folgt, dass die Unterrepräsentation von Migrantinnen in den Medien schwerwiegende Folgen für sie als soziale Gruppe und für die Gesellschaft als Ganzes haben kann.

IV. Beteiligung von Migrantinnen am politischen Leben

Um die mangelnde politische Partizipation von Migrantinnen zu verstehen, ist es wichtig, zunächst zu untersuchen, wie Frauen im Allgemeinen in den politischen Räumen des Landes vertreten sind. Ebenso wichtig ist es, darauf hinzuweisen, dass sich diese Untersuchung an der Definition von politischer Partizipation als Bemühungen orientiert, durch die Einzelpersonen versuchen, die lokale, staatliche oder nationale Politik durch Interaktion mit der Exekutive zu beeinflussen und/oder zu len-

ken. Diese Beteiligung kann in Form von Stimmabgabe bei Wahlen und Volksabstimmungen oder als Wählbarkeit erfolgen. Sie umfasst auch die Fähigkeit, durch Einzel- und Gruppenaktionen aktiv an der Politik teilzunehmen und sich über wichtige Themen und anstehende Entscheidungen der Exekutive zu informieren.

Der Anteil der Frauen im Deutschen Bundestag lag nach der Bundestagswahl 2017 bei nur 31 % oder 218 der 709 gewählten Abgeordneten. Obwohl dieser Anteil nach den Wahlen am 26. September 2021 leicht auf 34,7 % anstieg, ist er immer noch weit von einer gleichberechtigten Vertretung der Geschlechter entfernt (EAF Berlin, 2022). Abb. 3 zeigt die Anzahl der Frauen im 20. Deutschen Bundestag im Vergleich zur Gesamtzahl der Sitze, die jede der großen Parteien hat (Statista, 2022).

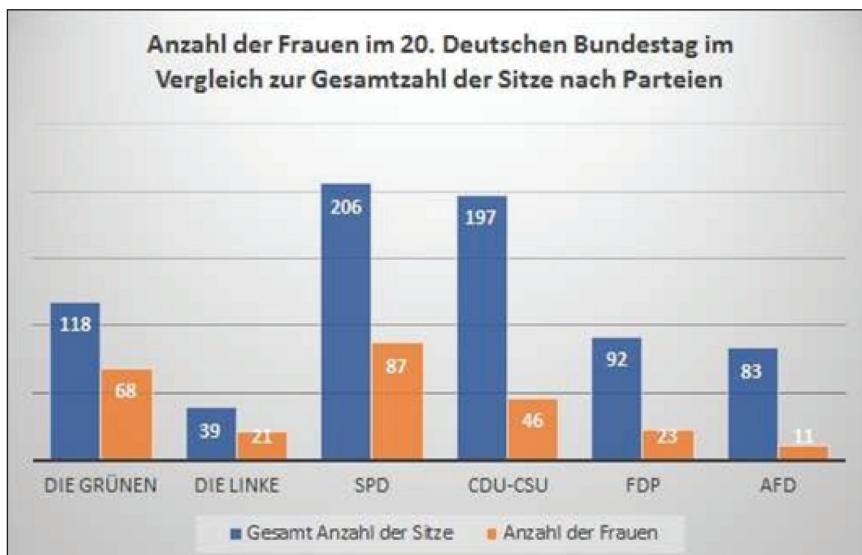


Abb. 3. Die Anzahl der Frauen im 20. Deutschen Bundestag im Vergleich zur Gesamtzahl der Sitze pro Partei (Statista, 2022).

Was die Kandidaturen anbelangt, so ist der Anteil der Frauen auf den nationalen Listen ab September 2021 (Abb. 4) relativ höher als die der Gewählten.

Den verfügbaren Daten zufolge sind Frauen in den Entscheidungsgremien von der kommunalen bis zur nationalen Ebene im Allgemeinen immer noch stark unterrepräsentiert. Menschen mit Migrationshintergrund, die sich in der Politik engagieren, sind immer noch relativ wenige, und die politischen Karrieren von Migranten werden durch Stereotypen und Widerstände innerhalb der politischen Parteien und in der Art

und Weise, wie sie von den Medien dargestellt werden, behindert. Die wenigen, die erfolgreich sind, werden immer noch als etwas "Anderes", "Exotisches" wahrgenommen - oder ihre "Normalität" erscheint mühsam (Miera, 2009).

Die Vertretung von Frauen mit Migrationshintergrund war bei den letzten beiden Bundestagswahlen - 2017 und 2021 - marginal. Obwohl die Gesamtzahl der Abgeordneten mit Migrationshintergrund sowie die Zahl der Frauen mit Migrationshintergrund leicht gestiegen ist, sind die Zahlen immer noch weniger repräsentativ, wenn man bedenkt, dass die Gesamtzahl der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland 22,4 Millionen (27,2 %) beträgt.

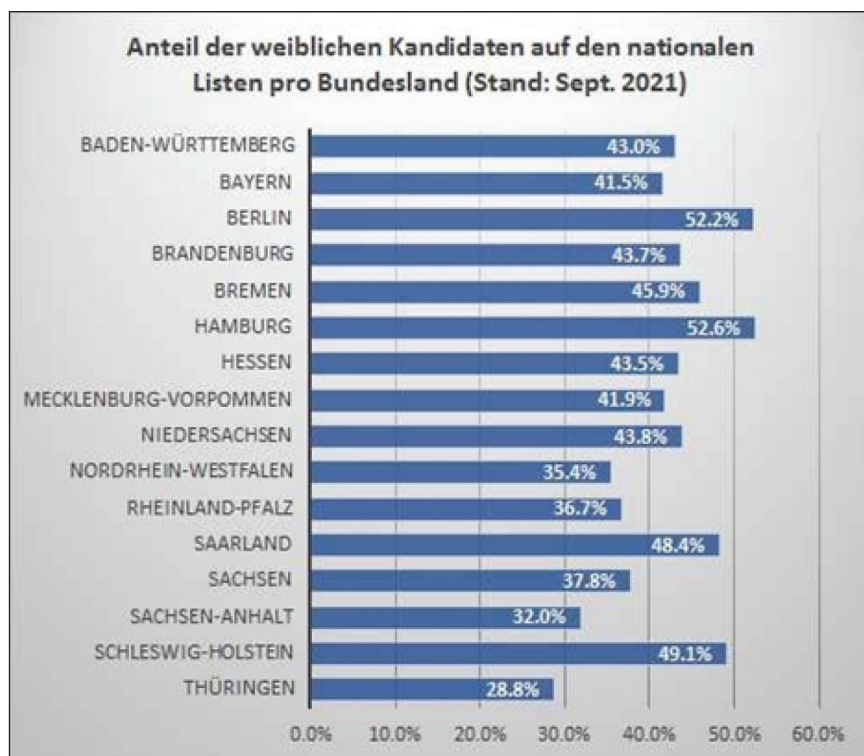


Abb. 4. Anteil der weiblichen Kandidaten auf den nationalen Listen pro Staat ab September 2021 (EAF Berlin, 2021)

Partei	Bundesratswahlen 2021			Bundeswahlen 2017		
	MP (Gesamt)	MP mit Migrationshintergrund (Gesamt)	MP mit Migrationshintergrund (Frauen)	MP(Gesamt)	MP mit Migrationshintergrund (Gesamt)	MP mit Migrationshintergrund (Frauen)
SPD	206	35	14	153	15	7
CDU/CSU	196	8	4	246	7	2
Grün	118	17	11	67	10	6
FDP	92	5	1	80	5	1
AfD	83	6	1	93	8	1
Die Linke	39	11	6	69	13	7
SSW	1	1				
Unabhängig				1	0	
Insgesamt	735	83	37	709	58	24

Tabelle 2. Die Gesamtzahl der Bundestagsabgeordneten im Vergleich zur Zahl der Abgeordneten mit Migrationshintergrund und der entsprechenden Zahl der weiblichen Abgeordneten mit Migrationshintergrund nach den Bundestagswahlen 2017 und 2021 (Medien dienst Integration, 2021).

Laut Sauer (2016) zeigen empirische Forschungsergebnisse, dass sich die politische Partizipation von Migranten in Bezug auf Wahlprozesse im Laufe der Zeit verbessert hat, aber immer noch in allen Bereichen niedriger ist als die der einheimischen Bürger. Es gebe Rahmenbedingungen der direkten politischen Partizipation, die Ausländerinnen und Ausländer ausschließen, bedingt durch die mangelnde Wahrnehmung politischer Institutionen als Akteure und unterschiedliche soziodemografische Strukturen. Auch im Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2020) über das Integrationspotenzial liegt der Schwerpunkt eher auf dem bürgerschaftlichen und sozialen Engagement von Zuwanderern als auf der Beteiligung an Wahlen und politischen Parteien.

Dr. Amrith sagte, dass die Partizipation von Migrantinnen ein Spektrum ist, das von gar nicht bis hin zur Partizipation nur bei Migrationsthemen reicht. Sie fügte hinzu, dass es teilweise davon abhängt, wie lange man schon in Deutschland lebt. Wilfred Dominic Josue stellte fest, dass farbige Frauen und Frauen mit Migrationshintergrund vor allem auf lokaler Ebene aktiv sind.

Rakovsky fügte hinzu, dass in einigen Interviews, die sie zur Untersuchung der politischen Partizipation geführt haben, einige der Frauen sagten, sie fühlten sich überhaupt nicht berechtigt, sich zu beteiligen. Vielmehr sagten sie, dass sie dankbar wären, wenn sie irgendetwas bekämen (z. B. eine Aufenthaltsgenehmigung), und dass sie außerdem Angst hätten, in Schwierigkeiten zu geraten, wenn sie politisch aktiv sind. Außerdem sind sie mit der deutschen Politik nicht sehr vertraut.

Roth (2017) argumentiert, dass rechtliche Gleichstellung allein nicht ausreicht. Vielmehr ist es notwendig, migrationsspezifische Barrieren zu beseitigen, zum Beispiel durch die Vermittlung von angemessenen Sprachkenntnissen und Grundwissen über das politische System des Aufnahmelandes sowie den Zugang zu politischen Parteien und anderen Vereinigungen, um eine faire politische Vertretung der Interessen von Migranten zu erreichen.

V. Beteiligung von Frauen am demokratischen Leben

Im Allgemeinen ist die Beteiligung von Frauen mit Migrationshintergrund am demokratischen Leben geringer als die von Frauen ohne Migrationshintergrund (Miera, 2009). Darüber hinaus beeinflussen verschiedene Faktoren wie das Herkunftsland, der Grund für die Migration und die Tatsache, ob es sich um eine Migrantin der ersten oder zweiten Generation handelt, den Grad der Beteiligung.

Dr. Amrith ist der Meinung, dass die Einbeziehung von Migrantinnen in die Entscheidungsfindung auf lokaler Ebene einen nachhaltigen Einfluss auf die nächste Frauengeneration haben kann. Dies liegt daran, dass die Prioritäten von Migrantinnen sich wahrscheinlich vom Status quo unterscheiden und eine größere Sensibilität in Bezug auf die Einbeziehung intersektionaler Identitäten erfordern.

Derzeit gibt es in Deutschland eine beträchtliche Anzahl von Initiativen, Organisationen und Netzwerken, die von Migrantinnen geleitet werden und deren Ziel es ist, ihre demokratische Beteiligung und Vertretung zu

fördern und zu verbessern. Die meisten der bestehenden Organisationen vertreten eine bestimmte Gruppe (z. B. Herkunftsland, Migrationsstatus oder LGBTQ). Während einige Organisationen offiziell registriert sind oder den Status eines e.V. (eingetragener Verein) haben, gibt es andere, die dies nicht sind, aber in politischen und demokratischen Räumen recht sichtbar sind.

In Tabelle 3 werden einige nationale und lokale (Brandenburg-Berlin) Migrantinnenselbstorganisationen vorgestellt.

Organisation (eingetragen, e.V.)	Kurzbeschreibung
DaMigra (Dachverband der Migrantinnen Organisationen)	agiert seit 2014 als bundesweites, herkunftsunabhängiges und frauenspezifisches Dach für Migrantinnenorganisationen.
Frauen im Exil	Eine Gruppe von Flüchtlingsfrauen, die sich in der Region Berlin-Brandenburg für ihre Rechte einsetzen.
Internationaler Frauenraum	Gegründet im Dezember 2012 während der Besetzung der ehemaligen Gerhart-Hauptmann-Schule in Berlin- Kreuzberg durch das Refugee Movement und seit 2017 eingetragen. Sie beschreiben sich selbst als politische Organisation, die sich gegen Angriffe auf Frauen und die Probleme, mit denen sie konfrontiert sind, wehrt: als Flüchtlingsfrauen, als Migrantinnen und als Nicht- Migrantinnen.
Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland	Ein unabhängiger, überparteilicher und demokratischer Verein von Migrantinnen aus der Türkei in Deutschland. Gegründet im März 2005 mit dem Ziel, die Integration türkischer und kurdischer Migrantinnen in allen Bereichen des deutschen Lebens zu fördern.

Tabelle 3. Einige nationale Migrantinnenselbstorganisationen.

VI. Maßnahmen zur Förderung und Verbesserung der Beteiligung von Migrantinnen

Das Verständnis der politischen und demokratischen Teilhabe von Frauen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinne ist ein guter Schritt zur Förderung ihrer Teilhabe. Es gibt bereits einige Vorschläge (z. B. Miera, 2009; Roth, 2017) für ein breiteres Verständnis der politischen Partizipation von Migranten in Deutschland. Dazu gehören die Beteiligung an institutionalisierten Runden Tischen, Konsultationen und die Mitwirkung in der Zivilgesellschaft und nicht nur die Stimmabgabe und Kandidatur bei Wahlen. Ein Beispiel für partizipative Projekte sind die Migrantenbeiräte (z. B. in Leipzig).⁴ Darüber hinaus überwindet dieses breitere Verständnis die Einschränkungen, die sich aus dem Fehlen von Staatsbürgerschaftsrechten ergeben, und berücksichtigt die beträchtliche Zahl von Zuwanderern ohne deutsche Staatsbürgerschaft, einschließlich derjenigen, die als irreguläre Migranten gelten.

Dr. Amrith erklärte, dass die Verbesserung der Teilhabe von Frauen mit Migrationshintergrund bedeutet, eine offene und einladende Atmosphäre für Frauen mit unterschiedlichem Hintergrund zu schaffen. Ein breiteres Verständnis dafür zu entwickeln, was es bedeutet, in der heutigen deutschen Gesellschaft zu leben, die sich aus Menschen mit einer Reihe von intersektionalen Identitäten zusammensetzt.

Rakovsky zufolge sollte die Verbesserung wirklich bei der Gewährung des Aufenthaltsstatus ansetzen und es sollte mehr Möglichkeiten geben, zu migrieren, hier zu leben und zu arbeiten, damit Migranten die Möglichkeit haben, politisch aktiv zu werden. "Ein besserer Zugang zu Arbeit und die Möglichkeit, unabhängig zu werden und sich selbst zu versorgen, sind ebenfalls wichtige Faktoren", fügte sie hinzu.

Für Josue würde der Abbau von Bürokratie und Papierkram bei der Beschaffung von Finanzmitteln für die Stärkung von Migrantinnen mehr Organisationen dazu ermutigen, Finanzmittel zu beantragen, und ihnen somit Mittel zur Unterstützung ihrer Initiativen zur Verfügung stellen.

Gabriela Deutschland hat erlebt, wie die Selbstorganisationen von Migrantinnen während der Pandemie besonders hilfreich waren. Vie-

⁴ Migrantenbeirat Leipzig.

<https://english.leipzig.de/youth-family-and-community/foreign-nationals-and-migrants/migrants-integration-and-interkulturelle-aktivitaeten-in-leipzig/die-stadt-leipzig-migrantenbeirat/die-mitglieder-des-migrantenbeirats-leipzig>

le Migrantinnen, insbesondere BIPOCs (*Black, Indigenous and People of Colour*), leiden aufgrund ihrer Situation unter Isolation, Angst und Perspektivlosigkeit. Es besteht jedoch Bedarf an einem speziellen Unterstützungsprogramm, das Frauen dabei hilft, wieder auf die Beine zu kommen und am politischen und demokratischen Leben teilzunehmen.

In Bezug auf die Darstellung in den Medien ist Dr. Amrith der Ansicht, dass die Verbreitung sozialer Medien und die Fähigkeit von Migrantinnen, sich selbst in vielen dieser Kanäle darzustellen, maximiert werden sollten, damit sie ein positiveres Bild von sich selbst zeichnen können als in den traditionellen Medienkanälen.

“Die Menschen können sich in den Organisationen oder Einrichtungen, in denen sie arbeiten, an der Sensibilisierung für die Herausforderungen, mit denen Migrantinnen konfrontiert sind, in religiösen Einrichtungen und in ihren Wohnvierteln politisch engagieren, auch wenn dies nicht über die offiziellen politischen Kanäle geschieht“, fügte sie hinzu.

Es gibt in der Tat viele Möglichkeiten, die Teilhabe von Migrantinnen zu fördern und zu erhöhen. Dazu gehören der Abbau bürokratischer Hürden bei der Sicherung des Bleiberechts, die Ermöglichung von Freizügigkeit und Wahlrecht, eine bessere Vertretung in den Medien, die Erhöhung der Anzahl von Frauen in Entscheidungspositionen, die Bekämpfung ihrer Diskriminierung und die Unterstützung ihrer Selbstorganisation, nicht nur um sich gegenseitig zu unterstützen, sondern auch um sich gemeinsam zu stärken und für ihre Rechte zu kämpfen.

Referenzen

- BMI/BAMF - Bundesministerium des Innern und Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. (2022): *Migrationsbericht der Bundesregierung. Migrationsbericht 2020*. Berlin/Nürnberg: BMI/BAMF.
- Brücker, H., Jaschke, P., und Kosyakova, Y. (2019) (a). *Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern in die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft - Empirische Evidenz und politische Zielsetzungen*. Washington, DC: Migration Policy Institute
https://www.migrationpolicy.org/sites/default/files/publications/TCM_2019_Germany-FINAL.pdf
- Brücker, H., Croisier, J., Kosyakova, Y., Kröger, H., Pietrantuono, G., Rother, N., and Schupp, J. (2019) (b). *Zweite Welle der IAB-BAMF-SOEP-Befragung Geflüchtete machen Fortschritte bei Sprache und Beschäftigung*. IAB-KURZBERICHT Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 3.
<https://ec.europa.eu/migrant-integration/sites/default/files/2019-01/Studie-IAB.pdf>
- EAF Berlin, Helene Weber Kolleg. (2021). *Frauenanteil bei den Kandidatinnen auf den Landeslisten*. <https://www.frauen-macht-politik.de/monitoring-btw21-kandidierende/>. Abgerufen am 07. Januar 2023.
- EAF Berlin, (2022). *Monitoring des Frauenanteils im Bundestag*. <https://www.eaf-berlin.de/en/news/monitoring-der-frauenanteile-im-bundestag/>
Accessed: 07. Januar 2023
- Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, (2021). *Referat Presse, Fact-sheet: "Dublin" - Fälle*. https://www.echr.coe.int/documents/fs_dublin_eng.pdf
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Hrsg. Furchner, I. (2020). *Gemeinsam die Einwanderungsgesellschaft gestalten, Bericht der Sachverständigenkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen für Integrationspotenziale*. Bundeskanzleramt, 11012 Berlin.
<https://www.fachkommission-integrationsfaehigkeit.de/resource/blob/1786706/1827694/dd7c2bab863af691c0227d9145fa63bd/englisch-data.pdf?download=1> Abgerufen am 17. Dezember 2022
- Auswärtiges Amt. (2022). *Gesetz über die Staatsangehörigkeit*.
https://www.auswaertiges-amt.de/en/visa-service/konsularische-s/-/229970#content_1 Zugesehen: 07. Januar 2023
- Lechner, C., Atanisev, K. (2023): *Integration von Migrantinnen in Deutschland: Politiken und Maßnahmen*. Studie der deutschen nation-

alen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN).
EMN Deutschland Paper 1/2023 des Forschungszentrums des Bundesamtes, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. <https://doi.org/10.48570/bamf.fz.emndp.01/2023.d.2023.migrantinnen.1.0>

- Lind F., Meltzer C. (2020). *Now you see me, now you don't: Using automated content analysis to track migrant women's salience in German news*. *Feminist Media Studies* Vol. 21, 2021 - Issue 6: Global queer fandoms of Asian media and celebrities. doi: 10.1080/14680777.2020.1713840
- Lünenborg, M., Fritsche K., und Bach, A. (2011). *Migrantinnen in den Medien: Darstellungen in der Presse und ihre Wahrnehmung*. Transcript Independent Academic Publishing, ISBN: 978-3- 8376-1730-6
- Mediendienst Integration. (2021). *Politische Partizipation von Abgeordneten mit Migrationshintergrund im 20. Deutschen Bundestag*.
https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Recherche_Bundestag_2021_Mediendienst.pdf. Zurückgeholt: 15 Januar 2023
- Miera, F. (2009). *Politische Partizipation von Migranten in Deutschland*. https://ec.europa.eu/migrant-integration/library-document/political-participation-migrants-germany_de. Abgerufen am: 20. Dezember 2022
- Statista Forschungsabteilung. (2023). *Migration und Integration in Deutschland - Statistiken & Fakten*. <https://www.statista.com/topics/6953/migration-and-integration-in-germany#dossierKeyfigures>. Accessed: 16 Dezember 2022.
- Statista. (2023). *Geschätzte Anzahl von Flüchtlingen aus der Ukraine, die seit Februar 2022 in Europa und Asien registriert wurden, Stand: 17. Januar 2023, nach ausgewählten Ländern*. Accessed: 12. Januar 2023.
- Statistisches Bundesamt - DESTATIS. (2022): *Fachserie 1 Reihe 2.2, Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Ergebnisse des Mikrozensus 2021 (Erste Ergebnisse)*.
- Sauer, M. (2016). *Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation von Migranten*. In: Brinkmann, H., Sauer, M. (eds) *Einwanderungsgesellschaft Deutschland*. Springer VS, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-05746-6_10
- Roth, R. (2017). *Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten*. Stadtentwicklung. Vhw FWS 5/Okttober-November 2017.

